

25.11.2010  
UHH/SPPräs

Fon (040) 450 204 -39 Fax (040) 450 204 -47  
E-Mail: [stupa@uni-hamburg.de](mailto:stupa@uni-hamburg.de) Website: [www.stupa-hh.de](http://www.stupa-hh.de)

## **Beschluss des Studierendenparlamentes vom 25.11.2010**

Das Studierendenparlament kritisiert das nationale Stipendienprogramm. Die Chancen auf gute Bildung sind in Deutschland sehr ungleich verteilt und ein schwerpunktmäßig auf sogenannte Begabung ausgerichtetes Stipendienprogramm, was sozial Benachteiligten keine Sicherheit bietet würde die soziale Selektion eher verstärken.

Daher fordert das Studierendenparlament das Präsidium der Universität dazu auf, die in §3 genannten Merkmale besonders stark zu gewichten. Die geforderte regelmäßige Überprüfung muss auf ein Minimum begrenzt werden, andernfalls führe sie zu einem starken Druck auf die Geförderten. Um aus diesem unsozialen Förderungsansatz ein Maximum an Unterstützung für sozial Benachteiligte zu generieren ist es wichtig, die Stipendien über einen langen Zeitraum zu vergeben.

Die Hochschulen sollten die Hälfte der Kosten der Stipendien beisteuern und dafür bei Spendern um Gelder bitten. Dem Prinzip, dass die Bundesmittel nur gezahlt werden, wenn die privaten Mittel zur Verfügung setzt Universitäten unter Druck, Mittel einzuwerben. Dies gefährdet im groben Maße die Freiheit von Forschung und Lehre. Zu dem bedeutet dies eine Benachteiligung von Universitäten und strukturschwachen Gebieten. Das der Bundesrat direkt vor dem beschließen des nationalen Stipendienprogramms eine Erhöhung des BaföG um 2% bei um 3% steigenden Freibeträgen abgelehnt hat, zeigt dass es ihm nicht um soziale Förderung sondern um Elitenförderung geht.

Das nationale Stipendienprogramm gehört abgeschafft und die Mittel in die Ausweitung des BaföG, denn das Stipendienprogramm steht nicht für eine „moderne Studienfinanzierung“ sondern für einen deutlichen Rückschritt, der von dem Studierendenparlament mit zurückgewiesen wird.

Es fordert die Ausweitung des BaföG zum elternunabhängigen Vollzuschuss mit deutlich erhöhten Monatssätzen.